

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen die
3 gespaltene Kolonnen-Zeile
50 J
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Das ist der Geist.

Das ist der Geist, der um die Höhen kreist
und der die Tiefen füllt: der heilige Geist.

Kein hohles Ding, kein wesenloser Schein:
lebendig Feuer und unendlich Sein.

Dein Auge sieht, dein Ohr vernimmt ihn nicht;
ihn fühlt dein Geist, der Licht von seinem Licht!

Er ist es, der im Lied des Dichters weht,
Der in des Denkers Stirn zum Höchsten strebt.

Er ist es, der den starren Stoff bezwingt,
mit Formentzweig und Farbenglut durchdringt.

Wer eine Welt voll kühner Schöpferkraft,
wie sie ein Gott erfunden, nachgeschafft, —

Wer in der Forjagung Tiefen sich versenkt
und die Gedanken ewiger Liebe denkt, —

Und wer der Menschheit lichte Pfade weist
aus Elends Nacht, ist Geist von seinem Geist.

Sein Odem weht, wo laut das Kampfhorn klingt,
wo heiß das Volk nach Recht und Freiheit ringt;

Sein Sturmwind braust und seine Flamme loht,
wen er berührt, den rührt nicht Not und Tod.

Und ob er sprach' in fremder Zunge Bann,
verständlich wird sein Wort für jedermann.

Vieltausend Flämmchen führen erdenwärts:
in roter Lohe steht des Volkes Herz.

Der Zukunft Himmel ist ihm aufgetan,
vom Sturm verstäubt der graue Lügenwahn.

Die letzte Kette schmilzt im Wetterschlag —
und Pfingsten kommt, der Völkerfeiertag.

Und über der erlösten Menschheit kreist
auf Taubenschwingen lacht der Weltengeist.

Klara Müller-Jahnke.

Ehre.

Kürzlich gab es im Reichstage einen Affront! Der Kriegsminister hatte mit dünnen Worten erklärt, daß Offiziere, die sich gegebenenfalls nicht duellieren wollten, den Abschied erhielten. Das entspreche dem Ehrentode! Nun ist aber das Duell durch ein Gesetz verboten, also strafbar! In der Praxis wird es allerdings so gehandhabt, daß der Gesetzesverleher, sei er Duellant oder Helfershelfer, zu einer milden Festungssstrafe verurteilt wird. Sie zu absolvieren wäre für die meisten Arbeiter jedenfalls eine schöne Ferienzeit. Gewöhnlich werden verurteilte Duellanten übrigens nach kurzer Zeit begnadigt.

Was wir hier herausstellen wollen, ist die von Regierungsvertretern offen bekundete und gerechtfertigte Tatsache, daß den Offizieren eine von ihnen beanspruchte und ihnen von den berühmtesten Rechtshütern zugestandene besondere Ehre sie verpflichtet, ein Gesetz zu übertreten. Das geschieht und muß geschehen selbst in Fällen einfacher Beleidigung.

Die Offiziere sind aber nicht die einzigen Standespersonen, denen ein besonderes Ehrenrecht zugebilligt ist. Rechtsanwälte und Ärzte z. B. bilden für ihre Verufe eigene, staatlicher Aufsicht unterstellte Standesorganisationen. Aufgabe dieser ist es, darüber zu wachen, daß kein Verurteilter seine Standespflichten verletzt. Zu den am sorgsamsten überwachten Standespflichten gehört der Verzicht auf unlautere Konkurrenz, vor allem der der Preisunterbietung. Für Rechtsanwälte und Ärzte gibt es bestimmt umgrenzte sog. Mindesttagen. Wer diese Tagen unterschreitet, gilt als Standesunwürdiger, tut er es, um Kunden zu fangen, seinen Berufsgenossen Klienten abzuwerben, dann wird er disqualifiziert. Die Folge davon ist die Ausstoßung aus dem Verufe! Obwohl er das Anwaltspatent in der Tasche hat, darf ein von der Anwaltskammer ausgeschlossener Rechtsanwalt seinen Verufe nicht mehr ausüben.

Bei den Ärzten geht die Ueberwachung sogar soweit, daß man besonders auffallende Inzerate und Firmenschilder als standesunwürdig verbietet. Der Arzt darf nicht Lohnrücker sein, er darf nicht versuchen, durch auffallende Empfehlung und Liebedienerei andern Berufsgenossen Kundenschaft fortzunehmen. Besondere Standesorganisationen üben die Kontrolle aus, daß niemand die vorgeschriebene Solidarität verletzt. Wer sie mißachtet, in gröblicher Weise dagegen verstößt, gilt als standesunwürdig, er wird von seinen eigenen Standesgenossen mit Schimpf und Schande aus dem Verufe entfernt.

Die Pflege solchen Standesbewußtseins lassen sich Regierung und Rechtspflege sehr angelegen sein.

Wie die „Merztliche Rundschau“ mitteilt, hat jüngst noch das oberste Gericht ein in dieser Beziehung sehr beachtenswertes Urteil gefällt. Zwei Kassenärzte hatten sich geweigert, einer Gebärenden Hilfe zu leisten, lediglich darum, weil das Kassenmitglied einer formellen Bedingung in dem Augenblicke nicht genügen konnte. Jedenfalls erblickte der Kassenvorstand in dem Verhalten der Ärzte, das Menschenleben in Gefahr brachte, eine Schädigung der von ihnen zu wahren Interessen. Das brachte er durch verschiedene, durch das Kassenstatut gegebene Disziplinarmaßnahmen zum Ausdruck. Die Ärzte glaubten das mit einem Vertragsbruch beantworten zu können. In dem ausgenommenen Klageverfahren sprach sich die letzte Instanz dahin aus, daß die Standesehre den Ärzten verbiete, sich die Maßnahmen des Kassenvorstandes gefallen zu lassen. Ja, weil auch die andern nicht direkt beteiligten Ärzte darin eine Schädigung ihrer Standesehre erblicken könnten, seien sie alle berechtigt gewesen, ihre mit der Klasse abgeschlossenen Verträge einfach zu brechen.

Warum wir das hier mitteilen? Um zu zeigen, wie grundverschieden die Frage der Solidarität behandelt wird, je nachdem es sich um Angehörige der privilegierten Gesellschaftsschicht oder um Arbeiter handelt.

Der Rechtsanwalt ist standesunwürdig, wenn er bei seinen Honorarforderungen unter die vorgeschriebenen Mindesttagen hinabgeht; das gleiche gilt vom Arzte; ihm ist sogar gerichtlich bescheinigt worden, daß er aus Solidarität vertragsbrüchig werden darf. Und wie stellt man sich zu der doch sicher viel notwendigeren Arbeiter-Solidarität?

Von den Interessenten des Kapitals, von der nahten, krassen, brutalen Plusmacherjagd diktiert, werden hier ganz andre Grundsätze vertreten. Was dort ein Lump ist, ein Ausgestoßener, das soll hier ein Ehrenmann, eine schöne Tugendpflanze sein! Der Streikbrecher, der seine Arbeitsbrüder verrät, seinen Berufsgenossen, die für ihre Existenz kämpfen, in den Rücken fällt, der für die Gewährung eines Verräterlohnes mit den Feinden seiner Klassen-genossen gegen diese partiiert, den preist die kapitalistische Moral als ein besonderes nützlich Element. Diese minderwertigen sollen gar als Musterarbeiter gelten! Selbst-unzweifelhaft vertommene Subjekte wie die Hingebredier, die aus reiner Kadaverlust gewissermaßen sporadisch die Streikbrecherei betreiben, um Gelegenheit zu Skandaljahren und Prügeleien zu finden und dazu noch Verrätergroßen einstecken, die aus niedrigen Motiven Streikbrecherei betreiben, umweht die Profitjägermoral der Arbeiterfeinde mit einem Glorienschein. Und wie die Rechtspflege dieser Moral Mitteldienste leistet, dafür dient ja die Streikjustiz genügend als abschreckendes Beispiel.

Ganz unverkennbar hat der Grundjah der zweifachen Moral in Theorie und Praxis Geltung erlangt. Diese zweifache Moral reserviert der Arbeiterschaft Lumpengefimmung als Tugend — weil das kapitalistische Interesse dient! Dem Arbeiter will man das zu einer staatsbürgerlichen Pflicht machen, was man bei Ärzten, Rechtsanwältinnen und andern Privilegierten als ausgesprochenen Lumperei betrachtet und behandelt. Streikbruch, un-solidarisches Verhalten, verächtliche Lohnrückerei aus Eigenmuth, Liebedienerei zu dem Zwecke, ein besseres Einkommen zu ergattern, macht die Privilegierten standesunwürdig, den Arbeiter soll es zum Nationalheiligen machen.

Welch unfägliche Verachtung der Arbeiter prägt sich in dieser Behandlung aus! Geht sie doch von der Voraussetzung aus, daß der Arbeiter lumpig veranlagt sei, so daß man es wagen darf, sein Selbstbewußtsein, seine Menschenwürde in den Kot zu treten. Er soll sich gar glücklich fühlen, wenn ihm Prämien für verächtliches Verhalten, für erbärmliche Handlungsweise in Aussicht gestellt werden.

Und nun soll den Streikbrechern gar noch ein besonderes Gesetz ihr sauberes Handwerk erleichtern. Natürlich ist es schließlich nicht die Liebe zu dem verächtlichsten Gesindel, das den sog. Arbeitswilligenschuß kultiviert. Den Unternehmern geht es ja nur um den Profit! Die Streikbrecher, die belumpften Mißachter der Arbeitersolidarität, sind nur Instrumente des Kapitals in seinem Bestreben, aus der Arbeitskraft möglichst viel Profit herauszuschinden. Die Streikbrecher sind Schindeldienste der Plusmacher!

Die Erkenntnis dieser Tatsache, das Bewußtsein, von der herrschenden Sippe als minderwertig, als an sich mit eheloser, lumpiger Gesinnung behaftet angesehen zu werden, müßte der Arbeiterschaft die Kraft geben, den Hohenjah unsauberer Elemente von sich abzustößeln. Die Zahl der wirklich verlumpften, jeder Menschenwürde baren Exzessanten innerhalb der Arbeiterschaft ist trotz aller günstigen Vorbedingungen doch verhältnismäßig gering. Die wenigsten Streik- und Solidaritätsbrecher handeln in dem Bewußtsein vollendeter Lumperei; die meisten von ihnen lassen sich von heuchlerischen Phrasen gefangen nehmen, das natürlich um so leichter, wenn dabei der Egoismus eine Befriedigung findet.

Wenn sie sich darüber Rechenschaft ablegen, daß die ihnen zugemutete Rolle der Ausflüß einer unfäglichen Mißachtung der Arbeiter darstellt, wenn sie erkennen, daß man ihnen feineres Empfinden, Selbstbewußtsein und Ehre abspricht, dann darf man hoffen, daß doch ein großer Teil mit Empörung und Ekel die ihm zugemuteten Verräterdienste ablehnt.

Ehrgeschick bei den Arbeitern muß der Wall sein, an dem die frechen Pläne der Scharfmacher und ihres Dienstgefindels scheitern.

Der Bundestag zu dem Verbandstag scheint unheimlich lang zu werden. Speziell die Punkte 3 und 4 liefern den Hauptstoff zu den bisherigen Verhandlungen. Nur bin ich der Meinung, daß der Verbandstag in dieser Frage sehr wenig beschließen kann. Soll der heillosen Zersplitterung in unsern Betrieben Einhalt geboten werden, ist das Einverständnis der Organisationen Voraussetzung, die in unsern Betrieben herumhantieren, und dieses wird nicht zu erreichen sein, weil wir in dieser Frage spät aufgefunden sind und ein Gebiet nach dem andern ohne Gegenleistung schenken lassen. Unter dem Punkt 3 der Tagesordnung ist also nur herauszubekommen, daß wieder ein Teil unreservertierter Mitglieder und Mitglieder unserer Organisation in andere Hindernisse aufsteigen sollen. Meiner Meinung nach wäre zu der Zeit, als dem Metallarbeiterverband die ungelerten Arbeiter abgetreten wurden, die Gegenleistung durchzubringen gewesen, daß gelernte Arbeiter in Papierfabriken, Gemischen und allen uns zuständigen Betrieben für uns zuständig sind. Ob dies jetzt zu erreichen ist, ist mehr als fraglich. Auch die abgeschlossenen Verträge mit andern Organisationen, speziell mit Brauerei- und Maschinenbauern, sind nicht geeignet, aus dem Wirrwarr einen Ausweg zu zeigen. Diese Verträge sind abgeschlossen, um Grenzstreitigkeiten zu vermeiden, aber die betreffenden Vertragskontrollanten haben sich in unsern Betrieben eingenistet, um dann das Zuständigkeitsgebiet zu reklamieren, was ihnen bei der Nachsicht unsererseits niemals schwer wird. Wenn gehören die Sägewerke? Doch uns, wird jeder Kollege sagen. Sie sind in dem Verzeichnis enthalten, in dem die uns zugehörigen Betriebe aufgeführt sind. Klammern sich etwa die Holzarbeiter um die Zuständigkeit? Es wird einfach eine Konferenz der Sägewerksarbeiter zusammenberufen (ob Sägewerksarbeiter kommen oder andere, tut wenig zur Sache), eine Sektion gebildet und der Grenzstreit kann los gehen. Und die Folge? Man „regelt“ die Angelegenheit durch die Hauptvorstände, und ein Gebiet, wo wir mit Erfolg bisher die Interessen der Arbeiter wahrgenommen haben, ist uns ohne Schwereit abgenommen, ohne daß ein einzelner Berufsarbeiter uns abgetreten wird. Wir müssen uns den Metallarbeiterverband als Vorbild nehmen, der sich weder um die Zuständigkeit der Schmiebe, Metallstischer, Radierer oder sonst jemand kümmert, und in den Metallbetrieben organisiert, was zu organisieren ist. Unter dem Schlagwort „Industrieverbände“ verstehen andere Organisationen nur, daß in ihren Betrieben die gesamte Belegschaft in eine Organisation gehört, aber in unsern Betrieben wird jeder gelernte Arbeiter für seinen Berufsverband reklamieren. Wollen wir mit den vorstuflichen Zuständen in den Papierfabriken, in der Gemischen Industrie aufräumen, so müssen wir ohne viel Federlesen mit der Praxis beginnen und organisieren, was zu organisieren ist.

Zu dem Punkt 4 (Branchengliederung) wäre speziell für die Ziegler eine Forderung der Erwerbslosenunterstützung zu schaffen. Den Zieglern nützt die Arbeitslosenunterstützung nur wenig, und die Krankenunterstützung nicht viel. Sie haben jedoch an einer Umgestaltung in eine entsprechende Erwerbslosenunterstützung erhebliches Interesse. Der Gedanke dürfte sich nicht ohne ernstliches Studium in die Tat umsetzen lassen, aber die Frage müßte meines Erachtens gründlich diskutiert werden. Ein großer Teil der Ziegler sind Saisonarbeiter und im Winter mit wenigen Ausnahmen ohne Verdienst. Bei Beginn der Kampagne müssen sie sich den Meistern bedingungslos verkaufen, weil sie mittellos sind und deshalb Reisevorschuß erhalten. Damit sind sie aber auf Gnade und Ungnade dem betreffenden Meister ausgeliefert. Es dürfte zwar nicht leicht aber auch nicht unmöglich sein, hier einen Ausweg zu schaffen. Vielleicht könnte ein besonderer Beitrag hierfür eingeführt werden. Im Winter, weil doch auch die Verbandszeitung geliefert wird, müßte ein Beitrag von 10 oder 20 Pf. pro Woche erhoben werden, um die Erwerbslosenunterstützung für den Teil der Ziegler, die im Winter ohne jeden Verdienst sind, für sie vorzuzahlen ausgeben zu können. Für die Organisation dürfte es von erheblichem Vorteil sein, wenn es gelingen sollte, die Saisonarbeiter auch im Winter für uns zu interessieren, um nicht jedes Frühjahr die Arbeit in den Gegenden, wo sie in der Hauptsache sind, nicht nur in bezug auf die Gewinnung der betreffenden Ziegler, sondern auch betr. Lohn- und Arbeitsbedingungen von vorn beginnen zu müssen. Für die Papierindustrie eine Sektion mit einem Agitationsleiter zu bilden, dürfte ebenso nützlich sein, wie für die Gemischen und die Ziegelindustrie. Für die Papierindustrie müßte meines Erachtens eine Forderung getroffen werden. Wir zählen gewissermaßen alle die Arbeitslosen für das Reichsstatistische Amt, aber nicht die Arbeiter, die zu lange arbeiten. Eine solche Forderung wäre aber als Gegenstück sehr wertvoll und auch durchführbar, wenn zu diesem Zweck vom Hauptverband zweckentsprechende Fragekarten herausgegeben würden. Die Ermittlung der Sonntagsarbeit, der Unfälle usw. könnte doch zu einer wirksamen Waffe gegen das ganze Arbeitssystem in den Papierfabriken benutzt werden. Die ganze Einrichtung müßte so getroffen werden, daß eine größere Anzahl Karten in jede Zahlstelle mit Papierindustrie kommt, so daß die Vertrauensleute immer im Besitz von Karten sind und jede Sonntagsarbeit, Ueberstunden, Unfälle und dergleichen wöchentlich in die Karten eintragen und an die Ortsverwaltungen abliefern, wo sie zu Monatsstatistiken verarbeitet oder an das Hauptbureau eingeleitet werden. Auf diese Weise würden wir der 24- und 36stündigen Schicht eher an den Leib rücken können, als wenn alle Jahre einmal, oder auch nicht, ellenlange Fragebogen ausgegeben werden, die zum Teil nicht, zum Teil unrichtig ausgefüllt werden. Dieses System wäre für andere Industrien ebenso brauchbar wie notwendig.

Diese Anregungen werden hoffentlich Kollegen auf den Plan rufen und eine nützliche Diskussion herbeiführen. Eine Reihe Vorschläge im Interesse unserer Organisation sind bereits veröffentlicht, weitere dürfen folgen, so daß der Verbandstag ein gewaltiges Arbeitspensum zu erledigen hat, und es ist nicht zu zweifeln, daß manche Forderung unserer Einrichtung zur vorteilhaftesten weiteren Entwicklung beschloffen wird. Das Interesse an der diesjährigen Tagung ist bei einem großen Teil unserer Mitglieder ein sehr lebhaftes, mögen auch Beschlässe zustande kommen, die einen weiteren Aufstieg unserer Organisation gewährleisten. S.

Papier-Industrie

— **Selle und Reichsverband im Kampfe gegen unsere Organisation.**
Aus Königsberg wird uns geschrieben: In den beiden hier am Orte sich befindlichen Zellulosefabriken hat man gelbe Vereine gegründet, um die Begehrlichkeit einzudämmen und die Zufriedenheit der Zellulosearbeiter zu erhalten. In der Königsberger Zellulosefabrik hat man die gelben Freunde bereits im Jahre 1909 auf den Plan gerufen, als die Arbeiter, die lange inaktivität verjährt hatten, sich aufrüsteten und sich gegen die Versammlungen betätigten, um den auf ihnen lastenden Druck der Antreiber und intensiven Ausnutzung der Arbeitskräfte zu brechen. In der Norddeutschen Zellulosefabrik hat man seit dem vorigen Jahre nach dem Streik einen gelben Arbeitswilligenverein aus den „treuegeliebten“ Arbeitern gebildet.

Seit dem Frühjahr d. J. läßt es sich der Generalsekretär des Reichsverbandes anlegen sein, den Selben mit seiner Hilfe zu dienen. Wiederholt hat er in den Versammlungen der gelben Vereinen Vorträge gehalten, die sich in dem sonst üblichen „Reichswahrheitsfuge“ gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bewegten. Wie gut er im Interesse der Unternehmer diese seine Tätigkeit ausübt, beweist, daß in einer der letzten Versammlungen des gelben Arbeitervereins der Norddeutschen Zellulosefabrik der Direktor Lehmann dem Reichsverbandssekretär für seine vorzüglichen Ausführungen dankte. Ja sogar eine Rednerbüchse unterhält der Reichsverband. Neben all diesem wird ein Berg von übriggebliebenen Wahlflugblättern des Reichsverbandes an die Arbeiter der Betriebe verteilt. Sicherlich wird den Unternehmern diese Reichsverbandshilfe nicht billig zu stehen kommen. Aber was tut man nicht alles, um die Regierung der Arbeiter nach Mitbestimmungsrecht und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterdrücken.

Wie wirkt nun diese Arbeit der Gelben und was hat sie vermocht? Wenn man einen Blick in die Betriebe hineinwirft, so merkt man, daß das Angeber- und Spitzeltum blüht, das zur Selbstverleumdung der Arbeiter führt und auch schließlich dazu dient, den Unternehmern in den Lohn- und Arbeitsfragen freie Hand zu lassen. In allen Gewerben gehen die Arbeiter daran, die gegenwärtige günstige Konjunktur zu nützen

und die Erhöhung ihrer Löhne durchzusetzen, was mit Hilfe ihrer Organisation in vielen Betrieben erreicht werden konnte. Nur die Zellulosefabriken brauchen ihren Arbeitern keine zeitgemäße, den Verhältnissen entsprechende Lohnzulage zu machen. Wohl haben sie eine Lohnzulage von 2 Pfennig pro Stunde gewährt, aber dazu wurden sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßt, und nicht etwa geföhrt das aus freiem Antriebe. Wenn man nun die Lohesbegründer der Gelben und die Unternehmer und das Ansehen der Direktoren durch die Arbeitervereiner vernichtet, so müßte man zu der Auffassung neigen, daß vollste Eintracht und Harmonie zwischen den Unternehmern und ihren gelben Dieblichen herrsche. Besonders der Ausschluß des Direktors Lehmann, den er anlässlich einer Rede zum Stiftungsfest des gelben Arbeitervereins am 21. Dezember v. J. getan hat, könnte manchem Kapitalistenfreundlichen Tränen der Rührung hervorzuheben. In dieser rührenden Rede gab Direktor Lehmann seine Freude kund, daß „ein solcher Verein“ gebildet ist. (Na also!) Und dann entglitt ihm folgender Satz: „Arbeit ist eine Ware, für gute Ware gutes Geld!“ Hier ist der echte kapitalistische Standpunkt zum Ausdruck gebracht. So denken alle Kapitalisten und so wollen sie den Arbeiter beherrschen! Was gute Ware ist und wieviel gutes Geld dafür gezahlt werden soll, das wollen sie aber selbst bestimmen. Wenn wir von der Ware Arbeit kraft sprechen und sagen, der Arbeiter muß seine Arbeitskraft so teuer als möglich verkaufen, regen sich die kapitalistischen Selbstverleumdung darüber auf.

Betrachtet man aber die andere Seite des gelben Wirkens, so zeigt es sich gerade jetzt, daß eine große Fluktuation in den Betrieben zu verzeichnen ist, die besonders stark in der Königsberger Zellulosefabrik in die Erscheinung tritt. Die Arbeiter haben es satt, in einem Betriebe zu verbleiben, wo das Aufpassertum mit eiserner Strenge waltet. Fragt man Arbeiter nach dem Grund ihres Austritts, so erhält man die Antwort: „Wir wollen uns doch durch die 24stündigen Wechselshiften nicht aufreizen.“ Oder: „Wir wollen uns nicht kaputt machen.“ Dies beweist, daß im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft eine vernünftig geregelte Arbeitszeit eingeführt werden muß. Dies wird die Arbeiter nicht durch gelbe Kräherei, sondern nur durch Zugehörigkeit zum Fabrikarbeiterverband erreichen. Es wird daher unsere Aufgabe sein, hierfür die Mehrheit der Kollegen zu interessieren und energisch die Forderung seitens unreservertierter Verbände zu erheben: „Fort mit den schädlichen, anstrengenden, langen 24stündigen Wechselshiften in der Zellulose- und Papierindustrie!“ T. H.

Ein Papierarbeiter nach dem Herzen der Unternehmer

Ist zweifellos der in der Papierfabrik von Siegel u. Haase in Vorkendorf i. Erzgeb. beschäftigte Maschinenhilfe Otto Bräcker. Die „Chemnitzer Volksstimme“ hatte in einer Notiz verschiedene Mißstände in diesem Betriebe gerügt, unter anderem auch die Tatsache, daß ein Arbeiter in 14 Tagen 224 Stunden im Betriebe gewesen sei. Auf diese Notiz sandte Bräcker eine Zuschrift, die für die Beschreibtheit — man könnte auch einen andern Ausdruck gebrauchen — mancher Papierarbeiter ein so brastliches Zeugnis ist, daß wir sie in vollem Umfange hier wiedergeben.

Vorkendorf, den 9. Mai 1912.

An die Redaktion der „Volksstimme“ in Chemnitz.

Soeben lese ich in der 2. Beilage Nummer 105 Ihrer Zeitung unter Vorkendorf einen Artikel, der die Firma Siegel u. Haase betrifft. Ich bin ein Arbeiter der genannten Firma und fühle mich verpflichtet, einiges richtigstellen zu lassen, um mich nicht in den Verdacht zu bringen, die Loyalität durch Schweigen zu täuschen. Denn der erwähnte Arbeiter kann doch ich nur sein, wenn Sie schreiben: So war ein Arbeiter in 14 Tagen nicht weniger als 224 Stunden im Betrieb. Das bedeutet aber eine Entstellung der Tatsachen. Soviele ich habe feststellen können, habe nur ich eine so hohe Stundenanzahl erreicht, und zwar verhält sich die Sache folgendermaßen: Ich habe gearbeitet vom 16. bis 29. März 1912 an 12 Arbeitstagen je 12 Stunden, gleich 144 Stunden, an einem Sonntag 19 Stunden, an einem Sonntag 10 Stunden, in 14 Tagen bin ich demnach 173 Stunden beschäftigt gewesen. Für die 12 Arbeitstage habe ich extra pro Tag 4 Stunden vergütet bekommen, gleich 48 Stunden, ergibt 221 Stunden; vom 17. Februar bis 11. März 1912 an 12 Arbeitstagen je 12 Stunden, gleich 144 Stunden, an einem Sonntag 6 Stunden, an einem Sonntag 24 Stunden, in 14 Tagen demnach 174 Stunden beschäftigt; für die 12 Arbeitstage je 4 Stunden extra vergütet, gleich 48 Stunden, ergibt 222 Stunden. Da käme so ziemlich die Zahl heraus, die Sie anführen. Die 4 Stunden bekomme ich jeden Tag, weil ein jüngerer Arbeiter fehlt, der sonst die Maschine putzt und einstellt, weil ich einen Teil dieser Arbeit mit verrichte und auch ganz bequem verrichten kann. Ich brauche mich dabei nicht zu überanstrengen und habe auch genügend Zeit, meine Mahlzeiten einzunehmen.

Ferner bemerke ich, daß ich zu den Sonntagsarbeitern nicht gezählt worden bin, sondern freiwillig mitgearbeitet habe, um mir diesen Extraverdienst nicht entgehen zu lassen. Denn es bekommt jeder Arbeiter für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag, außerdem die Frühstücks-, Mittags-, Vesperpaufe bezahlt. Für außergewöhnlich schlechte Arbeiten bekommen wir mitunter einen noch höheren Lohnzuschlag, wie z. B. an dem vorn angeführten Lohnsatz 22 Stunden mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt worden sind. Dann werden doch meistens nur die Arbeiten Sonntags ausgeführt, die zur Erhaltung eines geordneten Betriebes gemacht werden müssen, und daran muß jeder Arbeiter meines Erachtens ein Interesse haben. Sie schreiben dann in Ihrem Artikel weiter, wieviel ein Arbeiter zur Sache oder für seine Familie Zeit übrig hat, kann jeder nachrechnen. Da muß ich Ihnen sagen, daß ich mit der freien Zeit vollständig auskomme und mir genügend Zeit bleibt, mich meiner Familie zu widmen. Denn ich habe doch jeden Arbeitstag 12 Stunden frei und die Sonntage opfere ich freiwillig und arbeite ja nur ab und zu. Sie erfahren aus diesen meinen Angaben, daß die Behauptungen Ihres Berichterstatters nicht der Wahrheit entsprechen und ersuche Sie, eine Richtigstellung in Ihrem Blatte zu bringen, mir einen Abzug zu übersenden, im andern Falle ich weitere Schritte tun müßte.

Hochachtungsvoll

Otto Bräcker, Maschinenhilfe in Vorkendorf i. Erzg.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ liefert die Bemerkung in der Zuschrift: „Ich habe noch 12 Stunden jeden Arbeitstag frei und die Sonntage opfere ich freiwillig“, sehr treffend wie folgt: Da die Firma Siegel u. Haase für diese 12 Stunden keine Verwendung hat, so findet sich vielleicht ein anderer Unternehmer, der sie noch okkupiert, denn es muß wirklich lästig sein, 12 volle Stunden auf der Wärendant liegen zu müssen. Was der Opfer der Sonntage anbelangt, so scheint der fleißige den allerchristlichsten Grundlag vergessen zu haben: „6 Tage sollst du arbeiten und am 7. Tag dem Herrn dienen.“ Wahrscheinlich, wir können den lieben Gott nicht begreifen, daß er der Menschheit solche Wohltaten angeworfen hat.“ Die Firma Siegel u. Haase sollte den braven Arbeiter ausspannen lassen — in Marmor natürlich — und auf dem Fabrikhofe aufstellen. Dann werden die Arbeiter gewiß nie mehr über niedrige Löhne oder lange Arbeitszeit murren.

Verschiedene Industrien

• **Unfall-Liste.**
In der Gummiabrik Niederrad geriet Mitglied der Arbeiter Gröber aus Schwabheim mit der rechten Hand in die Wälzmaschine, wobei ihm ein Glied des Mittelfingers vollständig abgerissen und zwei andre Finger schwer verletzt wurden. Seit kurzer Zeit ist das berüchtigte Unfall, der sich an dieser Maschine ereignet hat; da muß es mit den Schutzvorrichtungen doch schlecht bestellt sein.
In der Gummiabrik von Dr. G. Traun in Garburg verunglückte der Arbeiter R. in der Holzpresserei. R. hatte das Gummi zwischen die Walzen zu stopfen. Bei dieser Gelegenheit kam er mit der Hand zwischen die Walzen; dabei wurden ihm zwei Finger abgequetscht.
Auf der Norddeutschen Gemischen Fabrik in Garburg verbrannte sich der Arbeiter A. Kopf und Hände. In der Abteilung Loherde sprang von einem Druckfuß der Deckel ab, die herausspringende Welle verbrannte den Arbeiter.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen-Rabenstein** (Stipsfabrik), Berlin (Kunststeinfabrik), Bremen, Hildow i. M. (Papierfabrik), Celle (Farbenfabriken), Frankfurt a. M., Götting (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Köslin-Schlawa (Schneidemühlen), Gommersfeld (M.-L.) (Ziegelteien), Stellig i. M., Rattel i. Oldenburg, Quasfeld, Jeip (Düngerfabrik).

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Friedrichsfeld.** Die Arbeiter der Deutschen Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Gemische Industrie haben am Sonnabend, dem 18. Mai, die Kündigung eingereicht. Die Kündigung ist erfolgt, weil die Direktion der Steinzeugwarenfabrik auf die Eingabe der vier beteiligten Arbeiterorganisationen nicht geantwortet und auch dem Arbeiterausschuß gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hat. Als Grund ihres ablehnenden Verhaltens gibt die Direktion an, daß ein am 16. März 1906 vor dem Gewerbegericht Mannheim abgeschlossener Tarifvertrag noch zu Recht bestehe und die Arbeiter diesen Vertrag erst am 1. Dezember laufenden Jahres kündigen könnten. Hierzu ist zu bemerken, daß die Direktion am 1. Dezember 1908 den Tarifvertrag gekündigt und nach Ablauf die Arbeitsfrage gelöst hat. Unter diesen Umständen konnten sich die Arbeiter nicht mit dem Abschluß eines Vertrages einverstanden erklären, der ihnen eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse gebracht hat. Während der im Jahre 1906 getätigte Tarifvertrag unterschrieben wurde durch die Direktion und den Arbeiterausschuß verbunden worden ist, demnach auch beide Teile an diesen Vertrag gebunden waren, ist im Jahre 1908 eine schriftliche Unterzeichnung nicht erfolgt und sind deshalb auch die Arbeiter verträglich. Aus einer Bekanntmachung vom 31. Dezember 1908 geht übrigens hervor, daß die von der Firma geplante Tarifverlängerung, wenn sie bindend für die Arbeiterchaft gewesen, am 1. Januar 1910 erloschen war. Der diesbezügliche Passus in dem Schreiben der Direktion lautet:

„Der am 16. März 1906 vor dem Gewerbegericht in Mannheim abgeschlossene Tarifvertrag wird, nachdem derselbe auf 1. Januar 1909 von uns gekündigt war, unter den in vorstehendem gedachten Modifikationen auf ein weiteres Jahr von uns verlängert.“

Hieraus geht zweifelsohne hervor, daß die Auffassung der Direktion grundfalsch ist, wenn diese erklärt, daß der frühere Tarifvertrag noch Gültigkeit für die Arbeiter habe. Auf Grund ihrer Auffassung hat die Direktion nun folgende Bekanntmachung in den einzelnen Abteilungen des Werkes angehängt:

Belanntmachung.

Unter dem 16. März 1906 haben wir mit dem damaligen Arbeiter-Ausschuß vor dem Gewerbegericht in Mannheim einen Tarifvertrag abgeschlossen, der, weil nicht aufgekündigt, heute noch zu Recht besteht. Obgleich dieser Tarifvertrag ausdrücklich vorsieht, daß außerhalb unserer Fabrik bestehende Organisationsverbände von uns nicht anerkannt werden, haben unsere Arbeiter sich doch mit 4 solcher Verbände in Verbindung gesetzt und einen Tarifvertrag einreichen lassen, der so maßlose Anforderungen enthält, daß darüber überhaupt nicht diskutiert werden kann. Wir werden, wie dies im Tarifvertrag vom Jahre 1906 ausdrücklich festgelegt ist, niemals die Organisationsverbände anerkennen und mit denselben verhandeln. Unsern jetzigen Arbeiterausschuß machen wir den Vorwurf, daß er sich nicht in dem Sinne bemüht hat, in dem er gewählt worden ist. Der Arbeiter-Ausschuß hat bei seiner Wahl die Pflicht übernommen, Wünsche und Anträge sowie Beschwerden der Arbeiterchaft bei der Direktion vorzubringen. Dieser seiner Pflicht hat der Arbeiter-Ausschuß aber nicht entsprochen, sondern seine Mitglieder haben daran mitgewirkt, daß durch die Organisationsverbände uns ein neuer Tarifvertrag vorgelegt wurde, obgleich dem Arbeiter-Ausschuß nicht unbekannt sein dürfte, daß der Tarifvertrag von 1906 noch zu Recht besteht. Wir erklären deshalb hiermit, daß wir den derzeitigen Arbeiterausschuß nicht mehr anerkennen, weil derselbe seiner Aufgabe nicht gerecht geworden ist.

Wir geben deshalb auf diesem Wege der Arbeiterchaft, heute bekannt, daß wir uns nicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise folgende Aufseherung unserer Lohnsätze mit Beginn des nächsten Zahlungstermins vom 19. Mai 1912 an einstellen lassen werden.

- a) Tagelohnarbeiter: Wir erhöhen den Tagelohnsatz für alle in der Fabrik beschäftigten Arbeiter in allen Abteilungen und Partien, soweit diese Leute bisher ihre Entlohnung im Tagelohn fanden, also für die Lohnbereiterarbeiter der Holz- und Gemischen Abteilung, für die Tonarbeiter, für die Holzarbeiter, für die Hofarbeiter, für die Maschinenarbeiter der Gemischen Abteilung, für die Scheibendreher usw. um 2 Pf. pro Stunde.
- b) Akkordarbeiter: 1. Presser der Rohabteilung um 5 Prozent, 2. Maschinenarbeiter um 5 Prozent, 3. Verleber um 5 Prozent.

Wir werden dann allen Arbeitern, welche länger als 10 Jahre bei uns beschäftigt sind, im Jahre drei Tage Urlaub bewilligen unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Arbeiterorganisationen werden diesen Vorschlag den Arbeitern in einer allgemeinen Versammlung unterbreiten und es wird sich dann zeigen, ob die Arbeiter mit dem Vorschlag der Firma zufrieden sind. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß 445 Arbeiter ihre Kündigung am letzten Sonnabend eingereicht haben. Auch die Firma hat Gegenmaßnahmen ergriffen und den Arbeitern, die nicht gekündigt haben, selbst gekündigt. Hat z. B. der Sohn gekündigt und der Vater nicht, so wurde dann dem Vater von der Firma gekündigt usw. Wenn man aber die Maßregeln auf Leute ausdehnt, die im Betriebe ergraut oder verunglückt sind, so läßt dieses die Humanität der Direktion in einem besonderen Maße erscheinen. Auf die Anträge der Direktion gegen die Arbeiterorganisationen, soweit solche in der Bekanntmachung enthalten sind, gehen wir aus guten Gründen nicht ein. Zugung von Köpfen, Handwerkern und Hilfsarbeitern ist nach wie vor streng fernzuhalten.

— **Königsberg.** Durch straffe Organisation und festes Zusammenhalten erwachten die Kollegen des Hildowischen Hartsteinwerkes Lingnau u. So. zu Heide-Wanlen eine wesentliche Erhöhung ihrer Löhne. Die Kollegen hatten sich vor einiger Zeit in ihrer großen Mehrzahl der Organisation angeschlossen und ließen am 30. April durch die Organisationsleitung ihre Forderungen in Form eines Tarifvertragsentwurfs der Firma einreichen. Es wurde nun den Arbeitern im Wert vom Meister bekanntgegeben, daß der Herr Direktor bereit sei, Entgegenkommen zu zeigen, jedoch wolle er nichts mit der Organisation zu tun haben. Die Kollegen bestanden jedoch darauf, daß mit der Organisation unterhandelt und ein Tarif abgeschlossen werden solle. Nachdem die Kollegen einige Tage vergeblich auf nähere und bestimmte Sätze gewartet hatten, nahmen sie am Mittwoch, dem 8. Mai, morgens, die Arbeit nicht an, verlangten vielmehr, daß man ihre Wünsche erfüllt werden möge. Da erschien auch bald der Herr Direktor per Automobil im Wert, und nun wurde durch Unterhandlung zwischen ihm und den Arbeitern die Sache geregelt. Bewilligt wurden 40 Pf. Stundenlohn für Arbeiter, 42 Pf. für die Helfer, 22 Pf. für jugendliche Arbeiter bis 17 Jahre; ebenso wurde der geforderte Abschlag bewilligt. Auch die höhere Bezahlung der Ueberstunden wurde durchgesetzt. Mögen die Kollegen durch treue Zugehörigkeit zum Verbands nun dafür sorgen, daß ihnen das Erreungene auch erhalten bleibt.

— **Landberg a. d. W.** Innerhalb 6 Wochen sind die Arbeiter und Aufseher bei der Firma Gottfrieds, Zementwaren- und Kunststeinfabrik, zum zweitenmal in den Ausstand getreten. Die Veranlassung dazu ist folgende: Nach eintägigem Streik wurde zwischen unserm Verbands und der Firma Rabe ein Tarif abgeschlossen, nach welchem den Landbergarbeitern ein Stundenlohn von 30 Pf. und den Aufsehern ein Wochenlohn von 18 Mk. zugesichert wurde. Dieser Lohn wurde aber nur in der ersten Woche gezahlt. Bereits am zweiten Zahlungstage zog die Firma den Aufsehern 40 Pf. ab, damit sie, wie Frau Rabe angab, nicht zur ersten Klasse der Krankenliste angemeldet zu werden brauchen und die Firma an Versicherungsbeiträgen spare. Damit die Aufseher nichts vom Lohn einbüßen sollten, versprach ihnen Frau Rabe, daß sie die abgezogenen Beträge zu Weihnacht oder zum Geburtstag als Geschenk erhalten sollten. Aber an dieser Maßnahme ließ sich die offenbar sehr pfiffige Firma Rabe nicht genügen. Drei Wochen nach dem Tarifabschluß bezugte sie auch den Stundenlohn der Landbergarbeiter von 30 auf 25 Pf. Als der 1. Bevolmächtigte, welcher bei der Firma als Zieglermeister beschäftigt war, bei Herrn Rabe wegen der Lohnabzüge vor-

Chemische Industrie

Entbehrungslohne in der chemischen Industrie.

I.

Das verlossene Geschäftsjahr hat, soweit Berichte vorliegen, den chemischen Kapitalisten eine weitere Steigerung ihrer Profite gebracht. Der Geschäftsgang war, allgemein betrachtet, in allen Zweigen der Industrie lebhaft, trotzdem die Absatzmärkte im zweiten Halbjahr durch die unklaren politischen Verhältnisse etwas beeinträchtigt wurden. Besonders war der Export nach China, das bekanntlich durch seine Revolution der verknöcherten Mandschindynastie den Garauz machte, erheblichen Störungen unterworfen. In Europa wirkte der Konflikt der Großmächte wegen Marokko lähmend auf das Geschäftskleben ein. Dazu kam dann die im Sommer 1911 herrschende tropische Hitze, welche auf den Wasserstraßen Deutschlands wochenlang den Schiffsverkehr hinderte.

Die in den letzten Jahren durch die Zoll- und Steuerpolitik gesteigerten Lebensmittelpreise erfuhren durch die Dürre des verlossenen Jahres eine weitere Verschärfung, so daß die chemischen Unternehmer sich nicht in allen Fällen den berechtigten Lohnforderungen ihrer Arbeiter entziehen konnten. Sie mußten Lohnzulagen gewähren, die allerdings nicht im entferntesten ausreichen, die Steigerungsdifferenz der verteuerten Lebenshaltung auszugleichen. Die Arbeiterbeschaffung gestaltete sich mit Ausnahme der Sommermonate nicht schwierig, nur die ungesundesten und schmutzigsten Betriebe werden in der wärmeren Jahreszeit über Mangel an Arbeitskräften zu Klagen geholt.

Wir wollen nunmehr eine Anzahl Geschäftsergebnisse der chemischen Industrie besprechen. Zuerst die Gruppe, die vorwiegend Produkte wie Mineralsäuren, Alkalien, pharmazeutische Präparate und andre Chemikalien dieser Art herstellt. Als größter Betrieb kommt die chemische Fabrik Griesheim-Elektron mit einem Aktienkapital von 14 Millionen Mark in Betracht. Sie erzielte eine Steigerung des Reingewinns von 3 797 871 Millionen Mark auf 3 841 188 Mk. und bringt wieder 1 960 000 Mark als 14prozentige Dividende zur Verteilung. An Patenten und Gratifikationen gelangen 5 445 50 Mk. zur Auszahlung; dem Unterstützungsfonds werden 112 079 Mk., dem Pensionsfonds 36 225 Mk. überwiesen und 250 000 Mk. werden als Gewinnreserve eingestellt, während 924 335 Mk. für 1912 vorgetragen werden. Der Geschäftsbericht vermerkt, daß die Nachfrage befriedigend war, die politischen Vorgänge des zweiten Halbjahrs das Geschäft weniger beeinträchtigt hätten, aber der Export nach China eine starke Einbuße erlitten habe. Ein weiteres Sinken der Verkaufspreise sei durch die Konkurrenzverhältnisse für einige Haupterzeugnisse zu konstatieren. Wenn trotzdem das Ergebnis nicht hinter dem vorjährigen zurückstehe, so sei das den technischen Verbesserungen und dem gesteigerten Umsatz zu danken. Der Generalversammlung wird ein Antrag, das Aktienkapital um zwei Millionen Mark zu erhöhen, vorgelegt, der seine Begründung im weiteren Ausbau der Fabrikanlagen findet. Die Aussichten für das Jahr 1912 lassen einen befriedigenden Abschluß erwarten, dagegen sei mit gedrückten Verkaufspreisen für Fertigfabrikate und erhöhten Einkaufspreisen der Rohstoffe zu rechnen.

Die chemische Fabrik und Binnhütte Th. Goldschmidt in Essen legt, weil sie sich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hat, für 1911 der Öffentlichkeit Rechnung über ihre Geldmachereifunktion ab. Sie erzielte auf 10 Millionen Mark Aktienkapital 1 320 307 Mk. Reingewinn gegen 1 094 544 Mk. im Vorjahr und gegen 1 472 769 Mk. im Jahr 1909. Am Rückgang des Gewinns sind angeblich die hohen Unkosten, die zur Eroberung neuer Märkte notwendig waren, schuld. Zur Verteilung gelangt eine 12prozentige Dividende, die den Betrag von 1 200 000 erfordert. Die Zahl der Arbeiter und Beamten stieg von 947 auf 1143, was einer Durchschnittszahl von 1045 Beschäftigten pro 1911 entspricht. Auf jeden Beschäftigten entfallen somit 1263 Mark Reingewinn und 1148 Mk. Dividende. Eine wahre Goldschmiede für die Unternehmer! Die Aussichten für 1912 sind günstig. Die Erweiterung der Erzinigungsanlage ist Anfang 1912 in Betrieb genommen worden. Die Firma erwartet im laufenden Jahr eine weitere Steigerung des Reingewinns.

Eine Steigerung des Reingewinns von 976 476 Mk. auf 1 118 375 Mk. erzielte die chemische Fabrik auf Aktienvormals E. Schering in Berlin. Sie bringt daraus 780 000 Mk. Dividende und zwar 13 Prozent auf 5 Millionen Mark Stammaktien, 4 1/2 Prozent auf zwei Millionen Vorzugsaktien und 4 Prozent auf 1 Million junge Aktien zur Verteilung. Durch den Brandschaden der Charlottenburger Fabrik wird das letzte Geschäftsergebnis ungünstig beeinflusst. Durch das Feuer ist ein Drittel der Kampferfabrik und ein erheblicher Teil der Vorräte zerstört worden. Der Betrieb wird zum Teil im Juni, vollständig aber erst im Juli 1912 wieder aufgenommen. Für das laufende Jahr sind erhebliche Mittel zur Ausführung neuerplanter Baumaßnahmen erforderlich.

Die chemischen Fabriken vorm. Weilerter Meer in Uerdingen erhöhten ihr Kapital von 5 auf 6 Millionen Mark. Sie erzielten dabei 500 000 Mk. Ugiogewinn, der dem Reservefonds zuzufloß. Der Reingewinn stieg von 806 078 Mk. auf 872 108 Mk. Es werden wieder 12 Prozent Dividende verteilt mit der Maßgabe, daß die 1 Million Mark neuer Aktien nur für ein halbes Jahr bezugsberechtigt sind. Die Dividende erfordert eine Summe von 660 000 Mark. Der Gesamtabsatz erfuhr eine weitere Steigerung, obwohl das Geschäft unter der Revolution Chinas und dem italienischen Krieg litt. Verbesserte Betriebsbedingungen führten einen Ausgleich der gesunkenen Verkaufspreise herbei. Eine Anzahl Betriebe sind im abgelaufenen Jahre von Köln nach Uerdingen verlegt worden. Die neue Schwefelsäurefabrik arbeitet nach dem Kontaktverfahren und hat die gegängten Erwartungen erfüllt. Die Salpetersäure- und Nitrosäurefabrik werden nächstes Jahr fertig, die übrigen Bauten werden voraussichtlich teils im laufenden, teils im nächsten Jahre in Betrieb genommen.

Die J. D. Riedel-Aktiengesellschaft in Berlin steigerte ihren Reingewinn von 694 987 Mark auf 763 925 Mk. Sie verteilt wieder 12 Prozent Dividende. Heyden in Kadebeul steigerte den Reingewinn von 884 037 Mk. auf 1 030 000 Mk. und bringt eine Dividende von 14 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahr zur Auszahlung.

Die Vereinigten chemischen Fabriken in Mannheim erzielten auf 5,2 Millionen Mark Aktienkapital 2 028 197 Mk. Reingewinn gegen 1 669 854 Mk. im Jahre 1910. Die wiederum 20prozentige Dividende erfordert 1 040 000 Mk. Der Bericht bemerkt, daß sich die dem Unternehmen angehörige Düngersfabrik von Nischel u. Co. in Ludwigshafen betrieblig entwickelt hat.

Ein noch günstigeres Ergebnis hat das Jahr 1911 für die Aktionäre der Aktiengesellschaft Friß Schulz jr. in Leipzig gebracht. Auf das 5,1 Millionen Mark betragende Aktienkapital gelangen 23 Prozent Dividende zur Verteilung. Die Gesellschaft hat sämtliche Aktien der chemischen Fabrik in Düsseldorf zu einem Kurs von 155 Prozent übernommen.

Die chemische Fabrik Budau in Magdeburg erzielte einen Reingewinn von 812 756 Mk. gegen 731 149 Mk. im Jahre 1910. Auf das 5 Millionen Mark betragende Aktienkapital kommt wieder eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung. Der Bericht teilt mit, daß sich die Aussichten in den Fabriken Soda, Kalilauge und Chloralkalij infolge gesunkener Verkaufspreise verschlechtert haben. Für die entstehenden Ausfälle sollen neue Artikel beschafft werden. Das Kalkwerk Wöllnig wird wegen bautechnischer Mängel aufgegeben. Eine Neugründung tritt an dessen Stelle, an der sich die Gesellschaft mit einigen andern Unternehmern beteiligt.

Nach dem Geschäftsbericht von Kalle u. Co. in Bielefeld, die mit den Höchster Farbwerken und Leopold Cassella in Fachsenheim eine Interessengemeinschaft geschlossen haben und von deren 4 1/2 Millionen Mark betragendem Aktienkapital sich 4 Millionen im Besitz der Höchster Farbwerke befinden, war der Betrieb gut beschäftigt. Der Reingewinn stieg von 664 184 Mark auf 686 550 Mk. Es gelangen wieder 450 000 Mark als 10prozentige Dividende zur Verteilung.

Der Reingewinn der Elektrochemischen Werke, Berlin, die in Bitterfeld und Rheinfelden Betriebe haben, stieg von 1 286 648 Mk. auf 1 340 000 Mk. Zur Verteilung gelangen auf das Aktienkapital von 5,5 Millionen Mark wieder 10 Prozent Dividende. Die „Silesia“

verteilt auf 5,6 Millionen Mark Aktienkapital 9,5 Prozent Dividende gegen 9 Prozent im Jahre 1910.

Die Aktiengesellschaft Georg Eggestorff's Salzwerte und chemische Fabriken in Hannover erzielten eine Steigerung des Reingewinns von 1 315 601 Mk. auf 1 403 874 Mk. Sie bringt eine Dividende von 13 Prozent gegen 12 Prozent im Jahre 1910 zur Verteilung. Für 1912 werden 247 337 Mk. vortragen. Der hohe Vortrag wird mit dem noch fortbauenden Kampf auf dem Salzmarkt begründet. Der Bericht des Vorstandes konstatiert einen nicht unwesentlichen Rückgang des Ertrages der Salinen, der durch die günstigen Ergebnisse der andern Werke reichlich ausgeglichen worden sei. Der Rückgang des Salinertrages ist durch die abnorme Witterung des vergangenen Jahres ungünstig beeinflusst worden, außerdem mußten die Salzpresse im Kampfe gegen die außenstehenden Werke wesentlich herabgesetzt werden. Auch für die Zukunft ist angeblich keine Besserung der Erträge der Salinen zu erwarten, weil die Aussicht auf Einigung der außenstehenden Werke gering ist und trotz „aussichtsloser Lage der Salinenindustrie“ (?) die Wahrscheinlichkeit von Neugründungen nahe liegt, wodurch die Verkaufspreise jedenfalls einen weiteren Rückgang erfahren würden. Außerdem sei bei Existenz des Syndikats mit Einigung des Absatzgebietes durch die Außenleiter zu rechnen, so daß es zukünftig fraglich ist, ob das Windertragnis durch die chemischen Fabriken ausgeglichen werden kann. Bewegliche Klagen stimmt der Bericht über die sozialen Lasten und Steuern an, welche 2 1/2 Prozent des Aktienkapitals ausmachen und die Produktionskosten erheblich beeinflussen. Wir sind der Ansicht, daß die Klagen über soziale Lasten bei 13 Prozent Dividende herzlich unangebracht sind.

Bekannt ist auch das Klageged der mittleren Betriebe der chemischen Industrie, die angeblich nicht auf ihre Rechnung kommen. Wie sich die Sache in Wirklichkeit gestaltet, wollen wir an einer Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse von 9 Betrieben der Jahre 1910/11 zeigen. Es erzielten:

Betrieb	Aktienkapital in Mill. Mark	Reingewinn		Dividende		Dividende in Prozenten
		1910	1911	1910	1911	
Verein für chem. Industrie, Mainz	3,6	966 837	1 064 216	576 000	576 000	16
Gehe & Co., Dresden	2,5	461 081	654 925	360 000	400 000	14
A.-G. chemische Industrie, Gelsenkirchen	2,5	480 440	500 697	250 000	250 000	10
Vereinigte chem. Fabriken, Leipzig	2	266 894	319 081	160 000	160 000	8
Chemische Fabrik Wilmshaber-Hamburg	2,5	471 305	422 778	300 000	300 000	12
„Germania“, Schönebeck	1,6	113 335	122 817	80 000	80 000	5
Chemische Fabrik Bernshelm-Heubrod	1,6	51 466	63 818	42 000	56 000	7
Chemische Fabrik Drantenburg	1,44	91 409	145 330	72 000	115 000	5

Es zeigt sich, daß auch die weniger kapitalstarken Betriebe der chemischen Industrie mit dem Ergebnis von 1911 zufrieden sein können, da alle Betriebe, bis auf einen, ihren Reingewinn steigern konnten. Viel mehr Grund zu Klagen haben die Arbeiter, denen das Jahr 1911 eine ganz erhebliche Steigerung ihrer Ausgaben, aber durchaus nicht überall eine entsprechende Erhöhung des Lohnes gebracht hat.

× Menschenhandel.

Die Niesenerbetriebe in der chemischen Industrie absorbieren jährlich eine Anzahl von Arbeitskräften. Der Wechsel ist in manchen Zeitabschnitten so groß, daß mancher Arbeitermangel herrscht. Um diesem abzuhelfen, schicken die chemischen Industriemagnaten ihre Agenten in alle Gegenden, um Arbeiter anzuerwerben. Diese Art Arbeiterbeschaffung ist nichts außergewöhnliches. Wir wollen hier aber eine Arbeiterbeschaffung besprechen, die von unferm Standpunkt aus außergewöhnlich genannt werden muß. Viele Betriebe der chemischen Industrie zahlen ihnen im Betriebe beschäftigten Leuten, wenn sie ein Arbeiter durch den Agenten oder auf diese Weise angeworben wird, immer bleibt es Menschenhandel, von dem sich jeder halbeschamte Arbeiter mit Abscheu abenden

Die Anfänge der Gewerbehygiene.

IV.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die damaligen Ärzte der Anschauung huldigten, daß verschiedene Handwerke der Gesundheit der Arbeiter geradezu schädlich seien. Hören wir darüber den französischen Arzt Parissier, der uns durch seine Schilderungen zugleich einen Einblick in die Lage der ungelerten Arbeiter tun läßt:

„Das Handwerk der Schloffer, der Huf- und Waffenschmiede ist heilsam für schwache Naturen, da in diesen Werkstätten sich Eisenstücke entwickeln, die sehr tonisch sind und daher die Organe stärken.“ Die Schreiner und überhaupt die Arbeiter in Holz unterliegen weniger Krankheiten, ja von gewissen Hauptfehlern sind sie gänzlich befreit, weil der Stoff, den sie bearbeiten, gesund ist, weil sie sich nicht übermäßig anzuhalten brauchen und gut bezahlt werden. Nicht so bei den Arbeitern, deren Stand sie zwingt, in einer Atmosphäre zu leben, die voll mineralischer Teilchen oder Dünste ist. Diese Unglücklichen bekommen meistens einen so lärglichen Lohn, daß sie nicht instand sind, sich gesunde Nahrung verschaffen zu können. Der größte Teil dieser Art von Arbeitern verdienen sich eine Menge Kapital an, geben sich allen Ausschweifungen hin, um in der Betäubung ihren elenden Zustand zu vergessen. Hierin liegt natürlich der Grund zu einer Menge von Krankheiten, deren Opfer sie werden. Die Gefahr bei Handwerkern und andern Verrichtungen kann sehr verschieden sein, je nachdem sie im Freien oder in einem eingeschlossenen Räume ausgeübt werden. Sterblichkeit und Armut sind in Manufakturstädten größer als in andern, ohne Zweifel wegen der sitzenden Lebensart der Arbeiter und wegen ihrer Sorglosigkeit in bezug auf ihre Ernährung. Sie verdienen ihren Lohn, so wie sie ihn bekommen, ohne daran zu denken, wie leicht eine Störung im Handel eintreten, oder eine Krankheit ihnen die Mittel rauben kann, ihren Unterhalt zu verdienen.“

Interessant und der Erwähnung wert sind die Anschauungen, die sich über die moralischen Einwirkungen des Handwerks auf den Menschen im Umlauf befinden. Darüber schreibt Ramazzini:

„Ein allgemeines Vorurteil behauptet, die Fleischer hätten einen grausamen, blutdürstigen Charakter; sieht man aber in den Alleen der Polizeibehörden und Gerichtshöfe und in den Gefängnissen nach, so erfährt man bald, daß diese Klasse von Handwerkern, die gewohnt sind, Tiere zu erwürgen, weit weniger grausame Taten begehen, als z. B. die Bäcker, denen man doch ihrem Gewerbe nach gewiß sehr kostbare Reigungen nicht zutrauen würde. Untersuchungen ähnlicher Art haben mich belehrt, daß Maurer und Buchdrucker am meisten zum Aufzuge gereizt sind; daß die niedrigsten Ausschweifungen sich unter den Schuhmachern finden. Fäberarbeit aber bei den Konbitoren, Friseurn und Keilmern in den Gasthöfen am meisten zu suchen ist; daß sich Kupferschmiede durch Geiz auszeichnen, endlich daß Verstand, Ordnungsliebe und Gelehrigkeit häufig das Anteil der Goldschläger und Goldschmiede, der Korb- und Röhrenmacher sind.“

Nach Ramazzini's Urteil betrachtet, haben sich im Laufe der Jahrhunderte erhebliche Wandlungen vollzogen. Wer würde die heute so zahlreich vorkommenden als Revolutionäre betrachteten oder Kupferschmiede als Geizhalse hinstellen wollen?

Aus der Erkenntnis der Tatsache, daß bei Verrichtung gewerblicher Arbeiten die Arbeiter gefährdet werden, glaubt Parissier mit Recht fordern zu müssen, daß die besitzende Klasse verpflichtet ist, sich solcher Opfer anzunehmen, für sie zu sorgen. Er schreibt:

„Wenn der Reiche, der im unge störten Genusse so vieler Unquemlichkeiten, Kammerherrlichkeiten und Schätze dahinjiehet, wenn er den unglücklichen Zustand seiner Leute, die ihm so viele Vorteile durch ihre Arbeit beschaffen, so würde er sich mehr um das Los der gemeinen Leute kümmern. Es ist ein großer Irrtum, daß man glaubt, die Handwerker wären gesünder und lebten länger, als die Menschen, die im Besitz der irdischen Güter sind. Nur unempfindliche, selbstsüchtige Gemüter können ein solches Vorurteil hegen.“

Als Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewerbekrankheiten schlägt er vor, daß solche Professionen, die die Gesundheit der Arbeiter gefährden,

entweder gar nicht geduldet werden oder falls dieses nicht möglich ist, sollten zu solchen Arbeiten nur zum Tode verurteilte Verbrecher genommen werden, denen man auf diese Art das Leben spart. Weiter schlägt er vor, daß man Preise auf die Erfindung von Maschinen setzt, welche die Handarbeit ersetzen und das Ausströmen bössartiger Gase und Dünste verhindern können. Dann fordert er öffentliche Badeanstalten, damit den Arbeitern Gelegenheit zum Baden gegeben wird.

Über 200 Jahre sind seit Ramazzini, 100 Jahre seit Parissier verlossen. Das gewerbliche Leben hat in Deutschland einen ungeobten Aufschwung genommen. Entstanden ist neben andern Industriezweigen eine mächtige chemische Industrie, auf die ein großer Teil der Gewerbekrankheiten entfällt. Die Zahl der gewerblichen Güter ist auf Grund genauer Forschungen gewachsen, die Einwirkung, die Vergiftungserscheinungen, die Verhütungsmassnahmen und anzuwendenden Heilmittel sind gründlicher erforscht worden und beruhen allgemein auf ganz andrer Basis.

Über die Anfänge der Sozialgesetzgebung sind wir in Deutschland hinweg; die Forderungen der Arbeitervertreter spielen vor allem in einem besseren Ausbau der bestehenden Sozialgesetze, wie höhere Entschädigungen bei Krankheitsfällen und gewerblichen Vergiftungen. Aber sie finden in der bürgerlichen Gesellschaft genau noch solche Menschen, wie sie Parissier oben gekennzeichnet hat, Menschen, für die kein Urteil noch viel zu mild ergeht. Die Ärzte bekommen für die Behandlung erkrankter Personen ganz erhebliche Summen aus den Krankenkassen, so daß die heutige Gesetzgebung zur Behandlung der Gewerbekrankheiten weniger denn je einen wahren Notwendig zur Schau zu tragen braucht, wie es zu Ramazzini's Zeiten notwendig war. Aber gerade deswegen wäre unter den jetzigen Zuständen etwas mehr Edelmüt und auch Mitleid der Ärzteschaft vor dem Kapitalismus dringend notwendig.

Soll die Gewerbehygiene zu ihrer vollständigen Entfaltung gelangen, dann bedarf sie zu ihrer Durchführung des Schutzes der staatlichen Gesetzgebung. Ein vollkommener Arbeiterschutz wird jedoch erst in einer Gesellschaftsordnung möglich sein, die eine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht kennt.

nach. Wir organisierten Arbeiter wissen, daß der Lohn sich nach Angebot und Nachfrage richtet, deshalb haben wir ein großes Interesse daran, das Arbeiterangebot zu vermindern. Der Brauch des Anwerbens von Kollegen aus dem Heimatort oder von sonstigen Bekannten ist bekanntlich bei den Arbeitern der Levertseuer Farbwerke hoch im Schwünge, und zwar der Prämie wegen. Diese Leute bedenken gar nicht, daß sie sich selbst eine große Konkurrenz sowie Ärger und Verdruß schaffen; denn ist das Angebot von Arbeitskräften größer als der Bedarf, so ist die Firma imstande, alle „müßeligen“ Leute zu entlassen, und mit den andern kann sie Fangball spielen. Gefällt es diesen nicht, so können sie gehen, es stehen ja Hunderte von Angeworbenen in Reserve. Aus diesem Grunde sollte diese Art Anwerbung unter allen Umständen unterlassen werden. Hoffentlich haben wir unter den organisierten Kollegen keinen, dem man den Vorwurf des Menschenhandels machen muß.

X Unfall-Tipps.

Explosion in Dömitz. In dem Mißraum — nach einer anderen Meldung beim Sprengstoffladen — der Sprengstoffwerke D. R. Mahsen u. Co. ereignete sich am 6. Mai eine schwere Explosion. Dem Arbeiter Rosin wurden ein Auge und der Beugemuskel eines Armes sofort herausgerissen und das Bein gespalten. Ferner wurde ihm ein großer Teil der Hähne des Unterleifers herausgeschlagen, die beim Auskehren des Raumes nachträglich gefunden wurden. Ein anderer Arbeiter wurde leicht verletzt. Für den so furchtbar verletzten Arbeiter besteht Lebensgefahr. Nähere Einzelheiten über das Unglück, welches die Direktion auf Selbsteinigung zurückführt, waren nicht zu erlangen. Der Mann, in dem sich die Explosion ereignete, ist von der Polizeibehörde verhaftet worden. Das ist bereits die dritte schwerwiegende Explosion, die in den Dömitzer Sprengstoffwerken stattfand. Das schwerste Unglück ereignete sich im August 1907. Damals wurden 12 Arbeiter getötet, 11 schwer, 50 leicht verletzt. Ob die wahren Ursachen der Explosion ermittelt werden können, ist sehr fraglich.

X Anknüpft. Die Erkenntnis bricht sich Bahn! So kann man auch zu der Arbeiterfrage der Stützfabrik sagen. Schon des öfteren ist hier der Versuch gemacht worden, die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, aber immer ohne Erfolg. Daß bei einer solchen Interesslosigkeit der Arbeiter keine richtigen Verhältnisse in diesem Betriebe herrschen, ist erklärlich, werden doch noch Löhne von 3,20 bis 3,50 Mk. bei schwerer gesundheitsgefährlicher Arbeit gezahlt. Die Betriebsleitung schaltet hier ganz nach Willkür. Die Lohnzahlung soll laut Arbeitsordnung freizügig erfolgen. Schon des öfteren erhielten aber die Arbeiter ihren sauer verdienten Lohn erst am Sonnabend. Auch die sonstigen Verhältnisse bedürfen einer dringenden Remendur. Die Wachposten für die Arbeiter sind sehr drückend. Der Raum ist viel zu klein und des öfteren müssen die Arbeiter darauf verzichten, ihren Körper von den schädlichen Substanzen zu reinigen. Die Abwehrverhältnisse spotten jeder Beschreibung. An ein Entleeren denkt man erst nach Jahren. Die Arbeiter müssen ihre Notdurft im Freien verrichten. Das Verhalten der Meister läßt viel zu wünschen übrig. Der größte Mißstand ist jedenfalls der, daß durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter die frühere Arbeitersanktion eingeleitet war, worauf erst jedesmal die ungesunden Verhältnisse zurückzuführen sind. Endlich scheint aber auch den Kollegen auf der Stützfabrik die Erkenntnis gekommen zu sein, daß sie selbst Hand anlegen müssen, wenn sie sich bessere Zustände schaffen wollen. Das ist zu begrüßen, denn in einem solchen Vorhaben ist, wie es unser Ort ist, nur der Verband doppelte Not. Wohl nirgends berühren sich die Gegensätze von reich und arm so stark wie in den schwarzen Zentralschmelzen am schönen Meißner. Auf der einen Seite die Tausende von Fremden, die als Vergütung für das Geld hinauswerfen, auf der anderen Seite literale Armut und flüchtige Anständigkeit der arbeitenden Bevölkerung. An den Meißnern wird es nun liegen, ihre Organisation weiter auszubauen und nicht eher zu ruhen und zu rasen, bis auch der letzte Mann am Orte für uns gewonnen ist. Nur dann wird es uns gelingen, für die Arbeiter der Stützfabrik bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Zement- und Ziegel-Industrie

Die Zementindustrie Preußens im Jahre 1911.

Die Zementindustrie Preußens im Jahre 1911. II. Der Bezirk Magdeburg zählt drei Zementfabriken mit 469 Beschäftigten. Die älteste Fabrik, die bis 1908 mit Dieschen Stagenöfen arbeitete, hat diese aus wirtschaftlichen Gründen nach und nach in Schächelöfen umgebaut. Der Unterschied dieser Öfen besteht in der verschiedenen Einführung des Brennmaterials in die Defen. Bei den Stagenöfen wurde das ungeschwammte Rohmaterial oben eingegeben, während das Brennmaterial durch eine seitliche, tiefer gelegene Öffnung zugeführt wurde. Bei den Schächelöfen wird das Rohmaterial mit Koks vermengt und eingeschüttet, so daß eine besondere Zuführung von Heizmaterial überflüssig ist. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht ferner noch darin, daß durch das Mischen von Koks- und Brennmaterial ein gleichmäßiges Durchbrennen des Rohmaterials erzielt wird und dann auch billigeres Brennmaterial verwandt werden kann. Nach Angabe der Fabrikleitung soll dadurch eine 20prozentige Kostenersparnis für Brennmaterial eingetreten sein. Etwas weniger, als um den Stoff, scheint sich die Fabrikleitung um die Vergütung der Arbeiter zu kümmern. Der Arbeiterwechsel läßt das wenigstens vermuten. Von 149 beschäftigten Arbeitern haben nämlich 105 dem Betriebe wieder den Rücken gekehrt. Der Gewerkschaftsbericht sagt dazu wörtlich: „Der starke Arbeiterwechsel ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß in der Fabrik sehr niedrige Löhne gezahlt werden. Die Arbeitererschaft zieht sich daher zum größten Teil aus Leuten zusammen, die entweder auf keiner Arbeitsstelle längere Zeit bleiben oder durch ihre verminderte körperliche Leistungsfähigkeit gezwungen sind, für geringeren Lohn zu arbeiten.“ Wir haben diesen amtlichen Urteil nicht folgen können.

In der Provinz Schlesien sind vier Zementfabriken mit 1987 Arbeitern vorhanden, die alle nach dem Rotationsverfahren arbeiten. Nicht mitgezählt sind dabei 195 Arbeiter, die mit dem Verfahren von Zementwerken beschäftigt sind. Der Arbeiterwechsel ist ein gewaltiger. Im Jahre 1910 sind 3389 Arbeiter eingetreten und 5243 wieder ausgeschieden, so daß die gesamte Belegschaft von 1987 Personen über 2 1/2 mal gewechselt hat. Am schmerzhaftesten ist es wohl in einem Betriebe in Lagerdorf, wo ein Abgang von 3092 Arbeitern zu verzeichnen ist. Dieser Wechsel wird durch den geringen Lohn und schweren, gesundheitsgefährlichen Arbeit von Teil vor den Arbeitern freiwillig herbeigeführt, zum Teil durch die aber auch von den Betriebsleitungen beantragt werden, um die hohen Ausschüttungen nicht noch mehr zuzunehmen der Betriebskassen zu vergrößern. Demnach durch noch drei weiteren Arbeiterwechsel die Ertragsleistung im Jahre 1910 in den vier Betrieben 51,8 bis 63,4 Prozent. Wird die Zahl der Beschäftigten in Betracht gezogen, so stellt sich das Gesundheitsverhältnis noch ungünstiger als in den schwarzen Zentralschmelzen dar.

Reich gewaltiger Hitze die Sommer ausgeht sind, ergeben die Temperaturmessungen, die in den Dieschen Defen vom 20. Juni bis 6. September 1911 täglich vorgenommen wurden. Es wurde festgestellt, daß bis 5 Uhr am Abend der Brenners, der

zwei Meter vom Ofen entfernt war, 52 bis 70 Grad betrug. Und dabei haben die Brenner dann noch eine körperlich äußerst anstrengende Arbeit zu verrichten. Bei den Drehöfen, an den Stellen, wo die Schmelzer stündlich ihres Amtes zu walten haben, wurden sogar 80 Grad Hitze gemessen.

Der Bezirk Hannover umfaßt vier Zementfabriken, die 1151 Arbeiter beschäftigen, und alle nach dem Trockenverfahren arbeiten. In einer Fabrik werden die gezeigten und getrockneten Zementsteine ohne Zusatz in Ringöfen zu Klütern gebrannt; in zwei Fabriken erhalten die Zementsteine schon beim Ziegeln den erforderlichen Zusatz von Brennmaterial (Koksgrus) beigemischt; sie werden in Schmelzöfen Schächelöfen gebrannt. In der vierten Fabrik erfolgt das Brennen der gezeigten und getrockneten Steine in Dieschen Stagenöfen. Der auch hier umfangreiche Arbeiterwechsel wird im Bericht zum Teil auf die Wanderlust der beschäftigten Kroaten zurückgeführt. Die Erkrankungsrate beträgt in den letzten drei Jahren im Durchschnitt 57 Prozent, obwohl nur etwa die Hälfte der Arbeiterschaft ständig in Zementfabriken arbeitet. Dessenungeachtet bringen es die Ärzte und auch die Gewerbeinspektoren fertig, die Gesundheitsverhältnisse für nicht ungünstig zu erklären.

Gerade der Bericht des Bezirks Hannover zeigt, wie leicht sich die Gewerbeaufsichtsbeamten mit allen Uebelständen abzufinden vermögen. Anstatt auf Abhilfe und Besserung zu drängen, helfen sie sich einfach mit der Ausrede, ja ohne die Gefahren der Staubentwicklung, der Hitze, des Schrotts... Temperaturwechsels, der Zugluft usw. geht es in der Zementfabrik einmal nicht ab; die Arbeiter müssen sich eben durch „vorsichtiges Arbeiten“ und geeignete Kleidung schützen. Dafür müßten die Herren eigentlich verurteilt werden, vier Wochen lang Ringöfen auszuräumen, ihre Ansicht und auch ihr Urteil würde sich sicher rasch ändern. Mit den Badeeinrichtungen steht es hier noch als jämmerlich aus. Für die 1151 Arbeiter sind ganze fünf Bädewannen und 18 Brausen vorhanden. Der Bericht entschuldigt das damit, daß diese Einrichtungen noch nicht voll ausgenutzt würden, da die vielen dort beschäftigten slavischen und ruthenischen Arbeiter kein Badebedürfnis hätten. Billige Ausreden. Das Badebedürfnis konnte mit den vorhandenen Einrichtungen noch gar nicht festgestellt, sondern nur zurückgedrängt werden.

Im Bezirk Hildesheim sind zwei Zementfabriken mit 218 beschäftigten Arbeitern vorhanden, wovon die eine als Nebenbetrieb eines größeren Kalkwerks gilt. Der Arbeiterwechsel ist der allgemeine übliche. Ueber die Gesundheitsgefährdung wurde von ärztlicher Seite auf Grund gemachter Erfahrungen folgendes Urteil abgegeben: „Entschieden wirkt der Staub in der Zementfabrik gesundheitsgefährlich. Namentlich werden die Atmungsorgane angegriffen. Es stellen sich bei diesen Arbeitern ein: Schnupfen, zeitweilig Nasenbluten, Lufttröhnenentzündung. Der Zementstaub soll sich nach Aussage der Arbeiter schwer auf die Lunge legen und asthmatische Beschwerden verursachen, während der Kalkstaub mehr zum Husten reizt. Hin und wieder habe ich bei den Arbeitern einen trochanen Ausschlag an den Vorderarmen und im Gesicht beobachtet. Schwere Schädigungen der Atmungsorgane, die auf Zementstaub zurückzuführen sind, habe ich nicht konstatieren können. Das hat wohl seinen Grund darin, daß das Arbeitermaterial jung und nicht hereditär belastet ist. Dazu kommt, daß die Arbeiter in diesen Betrieben oft wechseln; „lange halten wir es in der Zementfabrik nicht aus“ erklären sie mir oft, „bei der ersten besten Gelegenheit suchen wir uns andre Arbeit.“ Dieses Urteil spricht für sich selbst.

Der Bezirk Lüneburg hat fünf Zementfabriken aufzuweisen, in denen 1306 Arbeiter beschäftigt waren. Die Hälfte dieser Arbeiter bildet den Arbeiterstamm, während die andre Hälfte im Jahre 1910 etwa sechsmal gewechselt hat. Charakteristisch ist hier die Aneinanderreihung der Berichte über die geringe Erkrankung an Lungentuberkulose. Es heißt da wörtlich: „Dies dürfte, abgesehen von dem starken Wechsel in der Arbeiterschaft, auf den Umstand zurückzuführen sein, daß wohl nur in den allerersten Fällen vom Arzte auf dem Krankenlager ein Schindluder angegeben, sondern vielmehr ein anderer Ausdruck gewählt worden ist, solange es eben möglich. So findet sich denn auch am allerhäufigsten Influenza unter den angegebenen Krankheiten vertreten, namentlich in vielen lang andauernden Krankheitsfällen.“ Man weiß also nun, was von der Zementarbeiter-Influenza zu halten ist. — Bei den Arbeitern, die beim Entleeren der Ringöfen tätig sind, wurden von den Ärzten viele Magenentzündungen wahrgenommen, die auf das übermäßige Wassertrinken zurückzuführen wurden. — Einer Zementfabrik mußte die regelmäßige Verwendung von jugendlichen Arbeitern zum Kessellopfen unterjagt werden, da die unbehagliche Körperhaltung und große Staubbelästigung, die das Kessellopfen mit sich bringt, schwere gesundheitliche Nachteile für die jugendlichen Arbeiter bedeuten.

Im Bezirk Stade ist nur eine Zementfabrik (Hemmoor) mit 950 beschäftigten Arbeitern vorhanden. Von den Arbeitern sind etwa 800 in der nächsten Umgebung ansässig. Von den 41,7 Prozent Erkrankungsfällen kommen bis 25 Prozent auf die Atmungsorgane. Der Bericht sagt dazu: „Daß der eigentliche Grund keine Zementstaub mechanisch und chemisch schädlich wirkt und Heiserkeit und Kessellopfentarrh hervorruft, ist wohl als erwiesen anzusehen. Häufig kommen steinartige Ablagerungen von Zement in den Nasenhöhlen der Arbeiter vor, die sich den Nasenwänden anpassen und mit zunehmender Größe Atmungs- und Durchbrechwerden verursachen. Zu den ebenfalls nicht selten, aber noch bedenklicheren Erscheinungen gehört das Rissigwerden der Haut der Hände infolge der wasserentziehenden Wirkung des Zementstaubes. Diese Risse können bis zur Blutcirculation reichen; in ihnen setzen sich dann leicht Viren ein, die die schmerzhaften Unterzellergewebeentzündungen hervorrufen.“

Um sich einen gesügigen Arbeiterstamm zu erzielen, hat die Fabrik seit der notwendigen Lohnsteigerung den Schlammabern, Heizern, Maschinenführern, Handwerkern und den Arbeitern, die an den Drehöfen, in der Schlammerei und an der Kohlenwäsche beschäftigt sind, eine „Prämie“ von 6 bis 10 Prozent ihres Jahresverdienstes gezahlt, sofern sie das ganze Jahr nicht unentschuldig fehlen und „ordnungsgemäß“ arbeiten. Diese Zwangsmaßnahme hat so vorzügliche

Erfolge gezeitigt — für den Profit natürlich — daß sie auch den übrigen Arbeitern umgeworfen werden soll.

— Ziegeleiarbeiterelend in Baden.

Vom Hunger gequält griff kürzlich ein polnischer Ziegeleiarbeiter zur Selbsthilfe. Mit etwa 20 Landarbeitern war er bei dem Ziegeleibesitzer Mall in Daglanben bei Karlsruhe beschäftigt. Nachdem sie drei Tage lang fast nichts zu essen erhielten, verjagte der erwähnte Arbeiter des Nachts in die Küche einzubringen, um für sich und seine hungernden Landsleute einige Lebensmittel zu beschaffen. Der gute Ziegeleibesitzer lag aber anscheinend schon auf der Lauer. Denn im Augenblick, da der Arbeiter die Küche betrat, erhielt er auch schon vom dem 15jährigen Sohn des Ziegeleibesitzers einen Schuß in den Unterleib, so daß er nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Das gekaufte „Essen“ bestand des Morgens in einer kaffeelähnlichen schwarzen Brühe, des Mittags in einer Portion Reis-, Bohnen- oder Erbsensuppe; dazu wöchentlich fünfmal ein Stückchen Fleisch von so geringem Quantum, daß man glauben könnte, es sei für Schulkinder zugeschnitten, und des Abends gab es die Leberwurst vom Mittag. Außerdem gab es wöchentlich zweimal je 100 Gramms Wurst, ein Pfund amerikanisches Fett zum Brotbacken und für Jugendlinge 10 Pfund, für Erwachsene 12 Pfund Brot. Daß man bei einer solchen „Kost“ wohl die Arbeit eines Ziegeleibesitzers verrichten kann, nicht aber die eines Ziegeleiarbeiters, bedarf keines besonderen Beweises.

In ähnlichen Fällen helfen sich die Arbeiter dadurch, daß sie einen Teil ihres Lohnes in Lebensmittel anlegen. Das war aber hier nicht möglich, da der Lohn noch knapper als das „Essen“ bemessen war. Nach dem Betrag sollten die erwachsenen Arbeiter pro Tag 1,30 Mark, junge, kräftige Leute von 18 bis 20 Jahren 1 Mk., und Frauen und Jugendliche 90 Pf. erhalten. Die vorliegenden Lohnblätter beweisen aber, daß diese jämmerlichen Lohnsätze gar nicht eingehalten wurden. So erhielten die Leute von 18 bis 20 Jahren nur 90 Pf. und Frauen und Jugendliche nur 60 Pf. Von diesen Schwindelsummen mußten sie sich noch den größten Teil als Caution abziehen lassen, so daß sie bei der letzten Lohnzahlung nur 60 Pf. bis 2,50 Mark erhielten. Mit solchen Mitteln konnten sie ihren Hunger natürlich nicht stillen, und so griffen sie zur Selbsthilfe, wobei ihnen statt Brot Redolberschüsse zufließen. Es war dies aber nicht das erste Mal, da die Arbeiter dieses Betriebes mit Revolvergeschüssen traktiert wurden. So hatte einige Tage vorher der Vorarbeiter, der die Arbeiter dorthin verschickert hatte, einige Schüsse auf die Arbeiter abgegeben, worauf er dann mit der Köchin das Weite suchte.

Nicht viel besser ist es in den übrigen drei Ziegeleien in Daglanben bestellt. Die Kantinen und Schlafräume sind hier in einem geradezu jämmerlichen Zustande. Aus diesem Grunde sind die Ziegeleibesitzer auch sehr feindselig der Organisation fernzuhalten. Erscheint irgendwo ein Kollege mit Flugblättern oder Versammlungszetteln, so wird er von den „Arbeiterscheunhunden“ Ziegeleierren mit „Lautsüßer“ tituliert und mit den Hundstößen vom Betriebe gehetzt. Die Ziegeleiarbeiter sollen eben Lohnslaven bleiben, sie haben nach der Ansicht ihrer „Herren“ nur zu arbeiten und alle Strapazen geduldig zu ertragen, damit die „Herren“ desto besser schwelgen können. An den Ziegeleiarbeitern wird es liegen, diesem Treiben durch den Anschluß an die Organisation ein Ende zu setzen.

— Aus den ostelbischen Ziegeleifeldern.

Ueber die Geschäftslage im Kalkhand- und Ziegelgeschäft heißt es im Bericht der Königsberger Kaufmannschaft für das Jahr 1911: „Der Bedarf an Kalkhandstein war in den Frühjahrs- und Sommermonaten erheblich besser als im Jahre vorher und nahm im Herbst immer mehr zu, so daß die einzige Kalkhandsteinfabrik in Königsberg, das Dittendorfsche Parksteinwerk Dingna u. Co. die höchste Leistungsfähigkeit entwickeln konnte. Hergestellt wurden von der Fabrik rund 7 Millionen Kalkhandsteine; an Rohmaterialien wurden hierzu 17 000 Kubikmeter Gassand, 2000 Tonnen gebrannter Kalk meist schwedischen Ursprungs verwendet. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 30.“

Das Ziegeleigebiet hat sich endlich nach einer Reihe stiller Jahre mit der Belebung des Königsberger Baumarktes wieder gelohnt. Elbinger Ziegel zogen von 26 bis 27 Mk. ab und 30 bis 32 Mk. frei aufstelle auf 30 Mk. und 34 bis 35 Mk. an, Königsberger von 28 bis 29 Mk. 20 Mk. frei Bau auf 32 bis 33 Mk.

Die Arbeiter auf den Elbinger Ziegeleien legten im Frühjahr, durch sozialdemokratische Agitatoren aufgehetzt, die Arbeit nieder und verursachten in einigen Betrieben großen Schaden. Wenn es auch gelang, den Streik durch sofortige Gründung eines Arbeitgeberverbandes und Heranziehung fremder Arbeiter zugunsten der Arbeitgeber zu umgehen, so war doch eine Aufbesserung der Löhne nicht zu umgehen.“

Offenlich würdigen die Zieglerkollegen den Bericht und sorgen durch Anschluß an die Organisation, daß auch sie einen Vorteil von dieser günstigen Geschäftslage haben.

— Aussperrung der dänischen Ziegeleiarbeiter.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat eine allgemeine Aussperrung der Ziegeleiarbeiter des ganzen Landes heraufbeschworen. Die Ursache ist, daß die Ziegeleiarbeiter ihre an den verschiedenen Orten zwischen 24 und 35 Dore schwankenden Stundenlöhne um 6 Dore aufgebessert haben möchten, was den Unternehmern als zu viel verlangt erscheint. Die Aussperrung muß in kurzer Zeit dazu führen, daß die Bautätigkeit größtenteils lahmgelegt wird. Das kümmert aber die Ziegeleibesitzer nicht. Die rückstandslos man gerade in dieser Industrie auf die Ausbeutung der Arbeiterschaft bedacht ist, zeigte sich kürzlich besonders kraß auf dem nördlich von Kopenhagen gelegenen Alleröd-Ziegelwerk. Hier hatte der Unternehmer, der den deutschen Namen Friedrichsen trägt, aus Deutschland eine Anzahl polnischer Mädchen kommen lassen. Man hatte diesen jungen Mädchen den Glauben beigebracht, sie sollten landwirtschaftliche Arbeit verrichten, und deshalb weigerten sie sich, die ihnen ungewohnte und außerordentlich schwere Männerarbeit in der Ziegelei auszuführen. Der Unternehmer wollte sie mit Hilfe der Polizei zur Arbeit zwingen, aber nachdem man einen polnisch sprechenden Pastor als Dolmetscher herbeigeholt hatte und die Sache vor das Gericht kam, mußte er sie ihrer Wege gehen lassen und die Kosten des Gerichtsverfahrens tragen. Es geschieht aber nicht immer, daß die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Massen nach Dänemark angeworben werden und meist nur ihre Muttersprache verstehen, einem raffgierigen Unternehmer gegenüber Recht behalten. Jetzt bei der Aussperrung in den Ziegelwerken Dänemarks ist es doppelt notwendig, daß man den Anwerbern, die überall herumreisen, mit Arbeitsflaben

— Die schwarzen Fäden in Chemnitz.

Schwarze Fäden sind bei einem ausländischen Ziegeleiarbeiter in einer Ziegelei in Borna bei Chemnitz festgestellt worden, der kürzlich eingewandert ist. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, melden die Zeitungen. Diese Meldung kann nicht ohne Kommentar passieren, und zwar deswegen nicht, weil es in Chemnitz und Umgebung eine Menge Ziegler gibt, die zum Teil arbeitslos, zum Teil zur Not in anderen Betrieben arbeiten müssen, weil es der „Schutz der nationalen Arbeit“ erfordert, daß Leute von allen Himmelsrichtungen herangezogen werden, vermittelt durch die bekannte Feldarbeiterzentrale, die auch dadurch die Gefahr heraufbeschwören kann, daß alle möglichen gefährlichen Krankheiten mit eingeschleppt werden. Aber der deutsche Arbeiter steht unter dem nationalen Schwein, das vor Annehmungen reichlich geschäftigt ist. So will es die herrliche Wirtschaftsunterordnung. Weil die seither hier beschäftigten Ziegler lesen und schreiben können, somit auch in der Lage sind, ihren Lohn nachzurechnen, ihr Geld nicht in Schnaps ansetzen und deshalb kein geeignetes Annehmungsobjekt für die Ziegeleiarbeiter sind, dürfen sie keine Arbeit erhalten. Das schwerste Verbrechen haben die Ziegler aber dadurch begangen, daß sie sich organisiert haben. Die Ziegelmeister wissen die Organisation zu schätzen; sie haben sich zu einem Verein zusammengeschlossen, aber nicht, um gemeinsam ihre Interessen gegenüber den Besitzern zu wahren, sondern um hiesige Arbeiter auszusperrten. Die Besitzer sind dabei die laßenden Dritten, denn die Ziegelmeister unterbieten sich gegenseitig die Preise. Aber noch einen andern Zweck verfolgen die Ziegelmeister; sie müßten im Vorjahre einige Lohnsteigerungen gewähren und die wollen sie wieder abgeben, weil die Russen, Polen und Tschechen, die frisch hergelockt worden sind, bereit zu jedem Preis arbeiten müssen. Aber auch dieser Streich wird die Arbeiterschaft zu parieren wissen.